

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: i. B. Dr. jur. Sammann.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 14. Juli 1885.

N^o. 70.

Zeitbetrachtung.

Kaum jemals früher haben die politischen Wettermacher und Wetterpropheten des deutschen Fortschrittlertums so schlechte Geschäfte gemacht, wie während der letzten Monate des laufenden Jahres. Das dritte Quartal hat bereits seinen Anfang genommen, die Herbstwahlen rücken allmählig heran. Von den Vorhersagungen aber, welche die Redner und Zeitungsschreiber der freisinnigen Partei an die parlamentarischen Entscheidungen der vorigen Reichstags- und Landtagsession knüpften, ist indessen keine einzige eingetroffen. Bis zur Stunde läßt die pomphaft angekündigte „volkstümliche“ Bewegung gegen die beschlossene Erziehung der landwirthschaftlichen Zölle ebenso auf sich warten, wie die vorhergesagte Bertheuerung der Brot- und Lebensmittelpreise. Nirgend verräth sich auch nur die Spur von „Reaction“ gegen das nationale Wirthschaftssystem, nirgend zeigt die Masse der Nation irgend welche Empfänglichkeit für agitatorische Unternehmungen und Kundgebungen ihrer weiland allmächtigen freisinnig-fortschrittlichen Rathgeber. An dem Behagen der städtischen Bevölkerungen haben die zu Gunsten der bedrohten Landwirthschaft ergriffenen Maßregeln nicht das Geringste verändert. In zunehmendem Maße macht sich vielmehr die Empfindung geltend, daß die deutsche Gesetzgebung lediglich eine dringende Pflicht erfüllt habe, indem sie dem wichtigsten aller im Vaterlande getriebenen Gewerbe, dem landwirthschaftlichen, endlich zu Hilfe zu kommen suchte und daß der vielbesprochene Gegensatz ländlicher und städtischer Interessen in Wahrheit gar nicht vorhanden ist. Auf die Weiterentwicklung von Handel, Gewerbe und Verkehr haben die neuesten Tarifveränderungen nirgend störend eingewirkt. Das neu befestigte Vertrauen der Landwirthschaft theilt sich allmählig den übrigen Bevölkerungsklassen mit, die mehr und mehr zu begreifen beginnen, daß die Gesundung des allgemeinen Wirthschaftslebens durch eine erträgliche ökonomische Lage des verbreitetsten aller deutschen Gewerbebezüge wesentlich bedingt ist. Auch da, wo ursprünglich reichliche Neigung vorhanden war, den Schutz unserer Wald-, Vieh- und Getreideproduction als Bevorzugung einer Klasse von Staatsbürgern zu verdächtigen, kann man sich heute der Einsicht nicht mehr verschließen, daß die Abwehr der überseeischen Körner-Überschwemmung eine europäische Nothwendigkeit und Nothwehr geworden ist, von welcher Deutschland sich nicht ausschließen durfte, ohne hinter den übrigen, von der Natur reicher ausgestatteten Ländern des Continents zurückzubleiben. Der innere Frieden ist demgemäß nicht nur nicht gestört, sondern in erfreulicher Weise befestigt, das Zusammengehörigkeitsgefühl der verschiedenen Berufsclassen neu belebt, und dadurch der auf allgemeine Unzufriedenheit speulirenden Agitation der Boden entzogen worden.

Dank den Thorheiten, deren sie in Sachen unserer colonialen Bestrebungen schuldig geworden, haben Fortschrittler und Freisinnige auf dem politischen Gebiete anerkannter Maße den Kürzeren gezogen. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die gleiche Erscheinung sich in wirthschaftlicher Rücksicht wiederholen und daß auch hier die Politik der Thatfachen und Erfahrungen die Politik der Schulweisheit und der Redensarten aus dem Felde schlagen werde. Je entschiedener die Empfänglichkeit der Nation für agitatorische Verheerungen abnimmt, um einer nüchternen, praktischen und zunächst abwartenden Auffassung der Dinge Platz zu machen, desto günstiger gestalten sich die Ausichten in die politische und sociale Zukunft des Reichs und seiner Angehörigen. Es scheint auch hier „von Stufe zu Stufe“ heißen zu sollen. Die Zahl derjenigen, welche an der Tarifreform der 70er Jahre rütteln wollen, hat sich während des inzwischen verfloßenen Zeitraums langsam, aber stetig vermindert, — mit dieser Verminderung aber ist eine

merkbare Verminderung des fortschrittlichen Einflusses Hand in Hand gegangen. Die gleiche Erscheinung läßt sich von dem Zolltarif von 1885 erwarten, dessen Gegner seit Jahr und Tag von einer Niederlage in die andere gerathen sind und ihren Kleinmuth noch mühsam hinter Vertröstungen auf eine ungewisse Zukunft verbergen.

Noch einmal die Braunschweigische Erbfolge-Angelegenheit.

Die dem Braunschweigischen Landtage vorgelegten Beweisstücke dafür, daß der Herzog von Cumberland im Jahre 1879 die Erklärung abgegeben hat, an seinem verwirkten Anspruch auf Hannover unter allen Umständen festhalten zu wollen, ist ausreichend, die letzten Stimmen, welche gegen den Beschluß des Bundesraths erhoben worden waren, zum Schweigen zu bringen. Das Vorgeben des Herzogs, die Reichsverfassung anerkennen zu wollen und nichtsdestoweniger gegen die in dieser Verfassung ausgesprochene Zugehörigkeit Hannovers zu Preußen Verwahrung einzulegen, bedeutet einen so vollendeten Widerspruch, daß den eigenen Freunden des übelberathenen Welfenprinzen Nichts übrig geblieben ist, als die Unvermeidlichkeit der Ausschließung desselben von der Braunschweigischen Erbfolge schweigend anzuerkennen. Daß die Aufstellungen des preußischen Antrages betr. den Kriegszustand, in welchen der Sohn Georgs V. sich Preußen gegenüber versetzt hat, von diesem selbst wörtlich bestätigt worden sind, läßt sich gegenwärtig auch von denjenigen nicht mehr bestreiten, die gegen besseres Wissen und Gewissen friedliche Absichten des Herzogs behauptet und die öffentliche Meinung in Braunschweig geflissentlich zu verwirren versucht hatten.

Der ungeheuren Mehrheit der Deutschen ist dieser Sachverhalt auch vor Veröffentlichung der letzten Beweisstücke keinen Augenblick zweifelhaft gewesen. Nichts desto weniger wird als Gewinn für die gute Sache des Reichs und als glückliche Fügung anzusehen sein, daß Meinungsverschiedenheiten über die Braunschweigische Erbfolge-Angelegenheit fortan vollständig ausgeschlossen erscheinen. Wer heute von einer anderen als der durch den Bundesrath ausgesprochenen Lösung redet und ein dem Herzoge zugesüßtes Unrecht behauptet, bekennt sich dadurch als Gegner des Reichs und als Feind der gesetzlich bestehenden Ordnung: Winkelzüge, Vorbehalte und Ausreden sind offenen und ehrlichen Leuten ein für alle Male moralisch unmöglich geworden, seit der Herzog selbst seinen preußenfeindlichen Standpunkt bekannt und sich dadurch den Rückzug abgeschnitten hat!

Davon wird für Gegenwart und Zukunft Act genommen und danach jeder fernere Versuch, den Sachverhalt zu verwirren, beurtheilt werden müssen. Soweit es sich um das Welfenhaus handelt, ist die Braunschweigische Angelegenheit allendlich abgethan und über dieselbe eine Klarheit geschaffen worden, die als neue Bürgschaft für die Sicherheit und den Frieden des Reichs willkommen heißen werden muß.

Der Consument.

Der Deutsche findet sich gern, wenn er sich vor tieferem Nachdenken scheut, mit einem Fremdworte ab. Das ist auch mit dem Consumenten der Fall, welches Wort oft dazu dient, den Denkproceß abzukürzen oder eine Reihe unklarer Vorstellungen zu verdanken. Der Consument spielt in den meisten freihändlerischen Ausführungen die erste Rolle, er ist der Mittelpunkt, um den sich das Stück dreht, und die ganze Sorge seiner Beschützer richtet sich darauf, daß er möglichst billig ist, trinkt,

sich kleidet und überhaupt seine Bedürfnisse befriedigt. Dabei ist er selbst von einer rührenden Sorglosigkeit; was kümmerts ihn, ob er von den Gaben und Erzeugnissen des Auslandes lebt, ob ganze Wirtschaftskreise der Heimath zu Grunde gehen, ob Tausende von Arbeitern brotlos werden oder nicht? Er ist international gesinnt. Die höchste Staatsweisheit gipfelt darin, ihm die Kosten des Lebens so billig als möglich zu machen. Freilich hat er einen geschworenen Feind, und der heißt Producent, will seine Erzeugnisse mit Nutzen verkaufen und erschwert dadurch dem Consumenten das Dasein.

Wer ist denn dieser fabelhafte Consument? Jeder von uns ist Consument so oft, als er Geld für Waaren ausgiebt. Es könnte also scheinen, als ob die Freihändler das Interesse der Gesamtheit verträten. Aber wenn auch Jeder auch Consument ist, so ist doch nicht jeder nur Consument; vielmehr ist die große Mehrzahl der Nation mit der Erzeugung von Waaren beschäftigt und hat zunächst das Interesse, durch diese Thätigkeit sich die nöthigen Mittel zum Unterhalt zu verdienen. Der Consument der Freihändler ist meistens nur eine leere Abstraction. Er existirt hauptsächlich nur unter den Rentnern und armen Millionären.

Diese Theorie sagt z. B.: Warum soll der Consument seine Stiefel nicht so billig kaufen, als sie kein Handwerker herstellen kann? Ob diese Billigkeit nur möglich ist durch die Auswüchse des Magazinwesens, Ausbeutung der Lehrlinge und Ausbeutung der Noth, ist, wie gesagt, gleichgültig. Wenn der Bauer nicht einmal einen Preis erzielt, der die Herstellungskosten deckt, so heißt es: Warum sollen wir dem Bauer seine Schulden bezahlen oder er mag verkaufen, auswandern, Viehzucht treiben u. s. w. Aber der Bauer ist auch Consument und von der Landwirtschaft allein nähren sich an die zwanzig Millionen deutsche Mitbürger. Selbst in freisinnigen Blättern liest man oft, daß die Gewerbetreibenden über schlechten Absatz klagen, weil der Landwirth kein Geld hat. Das zieht gleich weite Kreise und wenn ein so großer Zweig der nationalen Wirtschaft leidet, leiden viele andere, die ganze Industrie, mit. Nicht das Geld verbrauchen, sondern das Geld verdienen ist die Hauptsache.

Nun sagt man, auch die sog. fixirten Existenzen, die Gehalt-Empfänger, wie die Beamten, seien nichts als Consumenten. Das ist für ihre eigene Privat-Wirtschaft wohl richtig. Aber Niemand ist mehr an dem Gedeihen des Staates interessirt, als die Beamten selbst. Und verheißten nicht die Anhänger des Freihandels, daß unter der Herrschaft ihres Systems das Wirtschaftsleben mächtig emporblühen werde? Das Blühen bedeutet erfahrungsmäßig auch ein Steigen der Preise, und die fixirten Existenzen wären also um nichts besser daran. Aber gerade die Zeit, als der Freihandel herrschte, hat uns gelehrt, daß das Prinzip weit davon entfernt ist, in der Praxis immer richtig zu sein. Das Leben war damals durchaus nicht billiger, als heute, aber die üppig emporgeschossene „Blüthe“ welkte elend dahin.

Der wirtschaftliche Niedergang jener Zeit, an dem allerdings der Freihandel nicht allein schuld war, bedeutete doch nur eine reißende Abnahme an guten Kunden d. h. Consumenten. Die neue Wirtschaftspolitik aber hat dazu beigetragen, die Arbeitsgelegenheit zu vermehren, d. h. aus vielen schlechten Consumenten bessere zu machen. Dieses Verdienst kann ihr nicht durch die Berufung auf den armen Consumenten geschmälert werden. Im Gegentheil, der Freihandel würde ihn erst recht arm machen.

Ein unbefangenes Urtheil.

Die Leidenschaftlichkeit, mit welcher die Erhöhung der Getreidezölle bekämpft worden ist, wird allgemach einer ruhigeren Betrachtung Platz machen. Von den düsteren Prophezeiungen ist bis jetzt keine, ganz besonders nicht die Brodvertheuerung, eingetroffen. Dagegen kann jetzt schon behauptet werden, daß die Zollerhöhungen ermuthigend auf die Landwirtschaft eingewirkt haben.

Die Schlesiſche Zeitung, welche die Bestrebungen der „Agrarier“ keineswegs unterstützt, gab dieser Tage der Zuschrift eines im Auslande sich aufhaltenden Schlesiſers Raum, welche die vor-

ausſichtlichen Wirkungen des Zolles ruhig und klar auseinandersetzt. Mancher gewinnt ja im Auslande, unberührt von dem oft so erbitterten Streit der Meinungen in der Heimath, und die Erfahrungen zu Hause und in der Fremde vergleichend, einen unbefangeneren Standpunkt. Unser Schlesiſer schreibt u. A.:

Die Amerikaner, die Russen und welche Producenten sonst in Betracht kommen, werden, um für ihr Getreide den deutschen Markt nicht zu verlieren, auch den deutschen Getreidezoll ganz oder doch zum größten Theil ohne entsprechende Erhöhung des Getreidepreises auf sich nehmen. Eine allgemeine Steigerung des Roggen- oder Weizenpreises infolge der höheren Zölle, eine Steigerung, die dann auch dem deutschen Landwirth gestatten würde, seine Preisforderung erheblich zu erhöhen, ist also kaum zu erwarten. Immerhin wird schon wegen der unumgänglichen Zollformalitäten der höhere Getreidezoll ein Hinderniß einer allzu wüſten Getreideeinfuhr sein. Die Händler werden sich nicht ins Blaue hinein mit Vorräthen versehen, ihre Lager werden vielfach kleiner sein als bisher. Die Müller und Bäcker aber werden dann doch wieder den heimischen Producenten mehr sich zuwenden und direct bei ihnen ihre Ankäufe machen. Schon dieser schnellere, sicherere Absatz würde, selbst wenn die Preise nicht wesentlich stiegen, den deutschen Landwirth den Vortheil bringen und sie vor manchen Verlusten bewahren.

Der indirecte Einfluß der deutschen Getreidezölle dürfte schließlich weit größer sein, als der directe. In Deutschland wird der erhöhte Zoll mit den kleinen Vortheilen, die er im Gefolge hat, wie eine Art moralischen Sporns auf den Landwirth einwirken; nach der amerikanischen Seite könnte er dagegen eine recht niederdrückende Wirkung äußern. Je höher der deutsche Zoll ist, desto mehr verringert er — vorausgesetzt, daß er vom Ausland getragen wird, woran, wie schon erwähnt, bei dem Dreimarkzoll kaum zu zweifeln ist — den Verdienst der ausländischen, nach Deutschland liefernden Getreideproducenten. Viel Verdienst wird der amerikanische Landwirth, zumal der kleine, der einen Theil seines Gewinns mit dem natürlich nur die niedrigsten Preise bewilligenden Aufkäufer und dem Exporteur theilen muß, bei dem Geschäft nach Deutschland nicht haben. Nun hat aber auch Frankreich, das gleichfalls aus Amerika größere Getreidemassen bezog, seine landwirtschaftlichen Zölle erhöht, und so wird für einen großen Theil der amerikanischen Farmer auch das französische Geschäft noch ein ziemlich unrentables. Was dabei irgend zu verdienen ist, werden die großen amerikanischen Bahnlilien, die auf den ihnen gehörigen weiten Landstrecken einstweilen nur Getreidebau en masse treiben können, in die Tasche zu stecken suchen. Auffallend wäre es gewiß nicht, wenn unter solchen Verhältnissen die amerikanischen Farmeninhaber den Anbau von Getreide für den Export wesentlich beschränkten. Ein sehr beachtenswerther Bericht des Departements für Landwirtschaft zu Washington läßt sogar darauf schließen, daß eine solche Beschränkung schon jetzt eingetreten ist.

Ueber diesen Bericht theilt die erwähnte Zeitschrift mit: „Die mit Winterweizen bebauten Fläche im Unionsgebiet ist in diesem Jahre um 3 Millionen Acres geringer als im Vorjahre. Ähnlich aber wie in Amerika könnten — nach dem Satze „Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen“ — früher oder später auch in Rußland die Verhältnisse sich gestalten. Auch dort klagen die kleineren Landwirthe darüber, daß eine einigermaßen gewinnreiche Verwerthung ihrer Ernten ihnen nahezu unmöglich sei. Mit der ihnen gewiß nicht unwillkommenen Eventualität eines allmählichen Nachlassens der nordamerikanischen und der russischen Concurrenz scheinen die deutschen Landwirthe also rechnen zu dürfen.“

Freilich hat der Zoll keine alle Uebel der Landwirtschaft heilende Kraft und es werden noch andere Wege aufgesucht werden müssen, um ihre Lage dauernd zu verbessern.

Politische Tagesfragen.

Nachdem die Landwirtschaft, das Handwerk, die Industrie und der Handel im Volkswirtschaftsrath eine gemeinsame Vertretung für das gesammte Staatsgebiet erhalten haben, erachtet die Staatsregierung es als ihre Aufgabe, auch eine örtliche Einrichtung zu schaffen, in welcher diese Hauptzweige der gewerblichen Thätigkeit bezirksweise sich zu gegenseitiger Verständigung und lebendiger Förderung vereinigen und welche

der Verwaltung des Staates und des Reiches für ihre auf Hebung des allgemeinen Wohlstandes gerichteten Bestrebungen als wirksame Stütze dienen kann. Es ist daher bekanntlich für jeden Regierungsbezirk die Bildung einer Gewerbekammer aus Vertretern der vier bezeichneten Gewerbezweige in Aussicht genommen. Da indessen der Rheinische Provinziallandtag die Vorlage wegen Errichtung von Gewerbekammern abgelehnt hat, soll auf Anordnung der Herren Fachminister mit der Einrichtung wirtschaftlicher Conferenzen in den Regierungsbezirken der Rheinprovinz alsbald vorgegangen werden. Die wirtschaftliche Konferenz des Regierungsbezirks Düsseldorf soll nach einem soeben an die Handelskammern ergangenen Erlaß der königlichen Regierung alljährlich zweimal tagen. Zu dieser Körperschaft sollen berufen werden: 8 Vertreter der Landwirtschaft, 8 Vertreter des Handwerks, 10 Vertreter der Industrie, einschließlich des Bergbaues, und 6 Vertreter des Handels. Außerdem bleibt die Heranziehung einzelner geeigneter Persönlichkeiten vorbehalten. Die erstmalige Berufung der wirtschaftlichen Konferenz ist für den kommenden Herbst in Aussicht genommen. Die Handelskammern des Regierungsbezirks Düsseldorf werden in dem erwähnten Erlaße ersucht, einen Vertreter ihres Bezirks für die wirtschaftliche Konferenz in Vorschlag zu bringen.

Der „Verein für das Großherzogthum Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden zur Beschäftigung Arbeitsloser“ hat zum Zwecke der Errichtung einer gemeinschaftlichen Arbeiter-Colonie für den Regierungsbezirk Wiesbaden und das Großherzogthum Hessen das hessische Domainengut Neu-Ulrichstein bei Homburg a. d. Dh. gepachtet und die Eröffnung der Colonie zum 1. Juli beschloffen.

Der Bericht der Gewerbekammer in Leipzig für 1884 zieht auch die Scheinausverkäufe und Abzahlungsgeschäfte in den Kreis seiner Erörterungen. Dabei verkennt er keineswegs, daß die Unpreisungen bei Scheinausverkäufen oft auf Unwahrheit beruhen, auf Täuschung des Publikums abzielen, das ganze Gebahren aber den reellen Geschäftsmann schädigt. Die Gewerbekammer hat aber keinen für gesetzliche Bestimmungen brauchbaren Vorschlag finden können. Allerdings wird das Treiben unterstützt durch die Sucht des Publikums, billig zu kaufen. Aber die Billigkeit ist ein sehr relativer Begriff, für wenig Geld schlechte Waaren erhalten, heißt sehr oft theuer kaufen. Ein Rock für 10 M., der nach einem Vierteljahr die Farbe verloren hat und die Wolle läßt, ist offenbar viel theurer als ein Rock für 30 oder 40 M., der sich Jahr und Tag gut erhält. Aber das Publikum läßt sich immer wieder durch fette Reklame bestechen und namentlich ist es der kleine Mann, der auf diese Weise theuer kauft.

Ganz dasselbe gilt auch für die Abzahlungsgeschäfte, deren Reklamen in denkbar anheimelndster Form abgefaßt sind und den Straßenpassanten aufgenöthigt werden.

Selbstverständlich wird als unumstößliches Geschäftsprinzip „strenge Reellität, gute und gediegene Waare“ aufgestellt und daneben „größere Billigkeit als in irgend einem Kassageschäft zugesichert.“

Die Ratenzahlungen erscheinen für den ersten Augenblick ziemlich günstig; bei näherer Prüfung ergibt sich jedoch, daß die große Mehrzahl der Gewerbetreibenden und Lieferanten ihren Kunden nicht nur gleiche, sondern vielfach noch weitergehende Vergünstigungen gewährt, bez. zu gewähren genöthigt ist.

Berschwiegen ist in den Reklamen wohlweislich, wie verfahren wird, wenn die vereinbarten Ratenzahlungen nicht pünktlich eingehalten werden. Nach dieser Richtung ist es Sache der Käufer, sich über die betreffenden Bedingungen genau zu informiren, um etwaige Verluste zu verhüten. Das Beste wäre aber, das Publikum kaufte überhaupt nicht in den Abzahlungsgeschäften, welche eine aufdringliche Reklame machen und von vornherein darauf speculiren, daß der Käufer die Bedingungen nicht einhält, um ihm nachträglich den Kauf recht theuer zu machen.

Wie nothwendig es ist, daß der Polonisirung in einzelnen preussischen Provinzen entgegengetreten werde, scheint ein Fall zu beweisen, von dem der „Oberschl. Wand.“ berichtet. Ihm ging nämlich folgender Brief zu: „Her M. . .! Ih mech im wendzi zoguk san unt mier das Gelt sie di Cwai monnat Giem ich hap nihe com Esen ond mane Mutter di kanih Arbeiten di is szoan cu alt ond ich kan alh nich ich mus noh in die Szule gehn. Karl Szubbert.“ — Etwas deutscher würde der Brief etwa gelautet haben: „Herr M. . .! Ich möchte Sie bitten, daß Sie so gut seien und mir das Geld für die zwei Monate geben möchten, ich habe nichts zum essen, und meine Mutter kann nicht arbeiten, die ist schon zu alt, und ich kann auch nicht, ich muß noch in die Schule gehen. Karl Schuber.“

Die Germania, welche den polnischen Bestrebungen trotz ihres Namens ebenso freundlich gesinnt ist als denjenigen des Herzogs von Cumberland, behauptet, der Fall zeige, daß die Kinder in den ober-schlesischen Schulen weder deutsch noch polnisch gründlich lernten; das Blatt neigt der Annahme zu, daß das traurige Resultat der Ausbildung der polnischen Kinder Endzweck sei, d. h. daß sie absichtlich schlecht unterrichtet würden. Es hat bei dieser tendenziösen und unwarren Behauptung wohl übersehen, daß der junge Bittsteller Karl Schuber heißt, also vielmehr die Vermuthung nahe liegt, daß die Schule mit der polnischen Erziehung von Kindern deutscher Eltern zu kämpfen hat.

Personalien.

Der Regierungsrath von Gruben in Bromberg ist zum Ober-regierungsrathe ernannt worden.